

ecke

nr. 2 – april / mai 2024

müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 3. Juni 2024. Das Bilderrätsel in der Ecke Müllerstraße 5/2023 zeigte das Haus der Familie am Nauener Platz. Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern. Den Kinogutschein hat Sophia Konchakova gewonnen – herzlichen Glückwunsch!

Forschungsprojekt im Antonkiez

Gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit des Helmholtz-Zentrums Potsdam (RIFS) und der Universität Heidelberg hat das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) Mitte Forschungsgelder in Höhe von nahezu 300.000 Euro vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) für das Projekt »KlimaKieze« eingeworben. Dabei geht es um die Einrichtung und Gestaltung von Kiezblocks im Weddinger Antonkiez und in der nördlichen Luisenstadt.

Dabei werden die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durch Maßnahmen zum Klimaschutz ergänzt. Durch eine intelligentere Gestaltung des Straßenraums, durch Entsiegelung und »Grüne Gullys« können die Folgen der Klimaerwärmung vermindert werden. Durch zusätzliche Grün- und Aufenthaltsflächen sollen zudem weitere positive Effekte für die Gesund-

heit, den sozialen Zusammenhalt und die lokale Wirtschaft im Kiez erzielt werden. Dabei spielt die Mitwirkung der Nachbarschaft eine wichtige Rolle.

Gemeinsam mit dem RIFS wird eine Strategie entwickelt, die möglichst vielfältige Perspektiven in die Erarbeitung der Konzepte einbinden soll. In einem ersten Schritt hat das RIFS dafür bei reger Beteiligung im Winter vor Ort Informationen gesammelt. Im nächsten Schritt wird jetzt im Frühjahr die Uni Heidelberg postalisch eine repräsentative Bedarfserhebung durchführen. Im Herbst folgen öffentliche Werkstätten. cs

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

INHALT

Seite 3 Was wird aus dem Schillerpark-Center?

Seite 4 penny goes underground

Seite 5 Karstadt wartet

Seite 6 EPÖR für den Leopoldplatz

Seite 7 Neues vom Runder Tisch

Seite 8 Strategien gegen Crack gesucht

Seite 9 Tag der Städtebauförderung

Seite 10 Sprengelhaus gerettet?

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Bezirksstadträtin tritt zurück
- **Seite 12** Umweltpreis und Klimaschutz
- **Seite 13** Ausgleichsbeträge werden fällig
- **Seite 14** Die Auswertung unserer Leserumfrage

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Müllerstraße erscheint Mitte April.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

Klimafonds ermöglicht Jugendhaus

Für den Neubau Edinburger Straße 55 stehen plötzlich Mittel bereit

Im Jugendhaus Edinburger 55 aus befinden sich die »Jugend- etage 55«, die »Jugendberatung compass« und der Mädchentreff TOWANDA des Trägers »casablanca gGmbH«. Für Jugendliche und junge Erwachsene im Parkviertel ist es seit vielen Jahren ein wichtiger Treffpunkt. Aber das Gebäude ist baufällig.

Schon seit 2015 ist das Jugendhaus beim Senat als Sanierungsfall angemeldet. Seit 2017 gibt es sogar von Architektenbüros ausgearbeitete Planungen für den Neubau des Gebäudes. Jetzt soll auch endlich das Geld für den Neubau zur Verfügung stehen: Mit 5,3 Millionen Euro will der Bund ihn jetzt fördern. Das teilte die lokale Bundestagsabgeordnete Hanna Steinmüller am 14. März auf ihrer Website mit. »Ich freue mich über den Beschluss des Haushaltsausschusses heute, die 5,3 Mio. Euro für das Projekt aus dem Bundesprogramm »Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (SJK)« freizugeben.«

Das Jugendhaus ist eines von bundesweit 66 Projekten, die in der aktuellen Förderrunde ausgewählt wurden. Dabei will der Bund insgesamt 200 Millionen Euro für die Sanierung von Sporthallen, Schwimmbädern, Jugend- und Kulturzentren ausgeben. Ursprünglich waren sogar 400 Mio. Euro vorgesehen, die aus dem »Klima- und Transformationsfonds« finanziert werden sollten. Weil nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im November 2023 dieser Fonds aber erheblich zusammengestrichen wurde, steht jetzt nur die Hälfte der Mittel bereit. Ziel des Programms ist die Förderung überjähriger investiver Projekte der Kommunen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur, die eine besonderer regionale oder überregionale Bedeutung haben und die eine hohe Qualität im Hinblick auf den Klimawandel mitbringen. Das wird als Beitrag zum Erreichen der Ziele des Klimaschutzgesetzes im Sektor Gebäude gewertet.

Eine Vorbedingung der Förderung war, dass fortgeschrittene Planungsunterlagen existieren müssen: eine Entwurfsplanung einschließlich einer Kostenberechnung (Leistungsphase 3, HOAI). Es hat sich in diesem Fall also als nützlich erwiesen, im Jahr 2017 diese Planung sozusagen »für die Schublade« zu beauftragen, obwohl es damals sehr ungewiss war, wie die Mittel für den Bau zusammenkommen sollen. cs

Was wird aus dem Schillerpark-Center?

Verhandlungen kommen nicht zum Abschluss

Das Schillerpark-Center kommt nicht voran. Zwar gibt es Verhandlungen zwischen der Eigentümerin des Gebäudes, einer Immobiliengesellschaft aus Luxemburg und der Eigentümerin des Grundstücks, den Berliner Verkehrsunternehmen (BVG) sowie dem Bezirk. Aber die Gespräche ziehen sich in die Länge.

Das Hauptproblem ist dabei offenbar der Widerstand der BVG gegen Wohnungsbau auf ihrem Grundstück. Denn künftige Mieterinnen und Mieter (bzw. Wohnungseigentümer) könnten gegen die BVG klagen, weil von den Gleisen des U-Bahn Betriebshofes Seestraße Lärm ausgeht. Das Problem ist in der Rechtsprechung als »heranrückende Wohnbebauung« bekannt.

Im Bezirk und im Senat sähe man angesichts der allgemeinen Wohnungsnot natürlich gern eine Wohnnutzung und der Investor aus Luxemburg würde angesichts der Krise auf dem Markt für Gewerbeimmobilien auch lieber Wohnraum als Bürofläche schaffen. Denkbar wären zum Beispiel auch Nutzungen als Betriebswohnungen für die BVG, die ja dringend und international neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sucht (siehe dazu auch den »Eckensteher« auf der letzten Seite dieser Zeitung).

Für die zum Teil riesigen Einzelhandelsflächen gibt es zwar bereits Interessenten aus dem Sport- und Fitnessbereich. Aber ein großer Teil des Bestandsgebäudes besteht aus riesigen Parkdecks und ihren Zufahrten, die kein Mensch mehr braucht. Zudem müssten, wenn man auf einen Totalabriss verzichtete, zumindest Lichthöfe in das Bestandsgebäude geschlagen werden, da es eine enorme Raumtiefe aufweist, die eigentlich nur vom Einzelhandel nachgefragt wird.

In diesem Winter traten zudem Probleme mit Obdachlosen auf, die im oder direkt am Gebäude ihr Lager aufschlugen und Abfälle hinterließen. Eine grundsätzliche Lösung für das Gelände ist also dringend erforderlich. cs





»Echtes Bekenntnis zu Wedding«?

»Penny Underground« ist »Flagship Store«

Der REWE-Konzern hält seine Präsenz im Wedding aufrecht. Zwar musste er zuletzt das Untergeschoss des großen Karstadt-Warenhauses räumen. Dafür entstand aber eine neue große REWE-Filiale im ehemaligen Mediamarkt an der Pankstraße neben Möbel-Krieger. Und am Leopoldplatz zog die kleine Discounter-Variante des Kölner Konzerns in das frisch sanierte Leopoldcenter: Auf 766 Quadratmetern eröffnete dort Ende Januar »Penny Underground«.

Dabei handelt es sich um einen Discounter mit dem normalen Penny-Sortiment, wie es ihn weiter oben an der Müllerstraße am U-Bahnhof Seestraße schon gibt oder etwas südlich des Nauener Platzes an der Reinickendorfer Straße. Das Design ist allerdings gewöhnungsbedürftig: Kühlregale in Form von U-Bahn-Wagen oder Kassenschilder wie Gleishinweise sollen U-Bahn-Gefühl verbreiten. »Ein echtes Bekenntnis zu Wedding«, jubelt die Marketingabteilung und zitiert ihren Chef Dr. Jan Flemming: »Mit Leuchtturm-Märkten wie diesem wollen wir unser Bekenntnis zur Nachbarschaft bewusst auf die Spitze treiben.«

Die Filiale soll laut Presseerklärung »eine bunte und kreative Hommage an die Berliner U-Bahn darstellen: Mit nachgebildeten Waggonen, Tauben, Fliesen, Lampen und Street-Art wird die Atmosphäre des urbanen Dschungels eingefangen und in den Markt integriert. Highlight sind Haltestellen-Schilder mit Wortspielen mit lokalem Bezug, die den Weg zu den einzelnen Sortimenten weisen. So finden Kund:innen die Tiefkühlwaren am »Frostkreuz«, das Bier in »Berlin-Pegel.«

Wie »Penny Underground« tatsächlich bei der Weddingener Kundschaft ankommt, wird sich noch zeigen müssen. cs

Kinderladen am Schillerpark sucht dringend Ersatzräume

Berlins ältestem Elterninitiativ-Kinderladen ist Mitte Februar überraschend gekündigt worden. Bis zum 19. Mai muss er demnach den »großen Laden« in der Türkenstraße 15 verlassen, der 20 größeren Kindern Raum bietet. Im »kleinen Laden« in der Türkenstraße 4 betreut die Kita zudem fünf Kleinkinder im Alter von ein und zwei Jahren. In der EKT am Schillerpark (nicht zu verwechseln mit der Schillerpark-Kita in der Bristolstraße 19) arbeiten vier Erzieherinnen und Erzieher sowie ein Koch. Die Einrichtung wurde bereits im Jahr 1971 gegründet und ist somit einer der ältesten Kinderläden Berlins.

Die Kündigung kam ohne Vorwarnung und unerwartet. Die Kündigungsfrist beträgt nur drei Monate, wie es die gesetzliche Regel bei Gewerbemietverträgen ist. Sie enden meistens an einem vertraglich festgelegten Datum und verlängern sich später automatisch um ein Vierteljahr. Anders als bei Wohnungsmietverträgen bieten alte Gewerbemietverträge also keine Vorteile – der Mietvertrag der EKT stammt aus den 1980er Jahren. Die Kita hat zwar inzwischen viele Unterstützungsangebote erhalten und auch etwa 20 Raumangebote in der Umgebung. Das Problem ist aber: Die Ausstattung von Kitas muss gesetzlich festgelegten Anforderungen genügen, man muss die Räume also in der Regel vor dem Einzug umbauen. Das kostet Zeit. Auch Politikerinnen und Politiker haben ihre Unterstützung zugesichert. Ob deren Gespräche mit dem Eigentümer zumindest den Zeitpunkt des Auszugs verschoben konnten, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. cs

Wie Budni verschwand

Kaum eröffnet und schon geschlossen: Der große Budni-Markt in der Müllerstraße 12 ist schon wieder Vergangenheit. Stattdessen soll hier wohl Rossmann einziehen. Das legt ein Bericht des »Supermarkt-Blog« des Berliner Journalisten Peer Schrader nahe. Danach habe Edeka sein Engagement mit Budni beendet und wolle sich wieder auf sein Stammgeschäft mit Lebensmittelmärkten beschränken. Die Standorte seien im Paket an Rossmann (unter) vermietet worden, darunter anscheinend auch – trotz guter Umsätze – der in der Müllerstraße 12. In Berlin gebe es damit nur noch Budni-Märkte, die vom einstigen Budni-Alleingeshafter, der Hamburger Familie Wöhlke, betrieben werden. cs



Alles unklar bei Galeria

Auch wenn das Insolvenzverfahren entschieden ist, bleiben am Leopoldplatz viele Fragen offen

Noch regt sich Leben im Karstadt Leopoldplatz. An der Schulstraße hat der Pommies-Laden (»Frites Van Holland«) weiterhin offen, am ehemaligen Haupteingang der Blumenshop und an der Müllerstraße der Dönerladen »Haki«.

Aber im Sommer werden auch die schließen müssen, so ist jedenfalls der aktuelle Stand. Der Bezirk bemüht sich zwar um eine Zwischennutzung für das Gebäude, etwa im Bereich Kunst und Kultur., aber bisher noch ohne greifbares Ergebnis. Ein Problem für den Eigentümer, inzwischen zu 100% wieder die »Versicherungskammer Bayern«, war bislang das laufende Insolvenzverfahren von Galeria Karstadt Kaufhof. Solange es unklar war, unter welcher Führung und mit welcher Strategie die letzte Unternehmensgruppe weitermacht, die in Deutschland noch klassische Vollsortiment-Warenhäuser betreibt, so lange hing natürlich auch das Konzept für den Umbau des Warenhauses am Leopoldplatz in der Luft. Inzwischen hat der Insolvenzverwalter bekannt gegeben, wie die neuen Besitzverhältnisse sein sollen. Bis in der neuen Konstellation darüber entschieden wird, ob sich der Konzern künftig auch am Leopoldplatz engagiert, wird es aber noch einige Zeit dauern. Denn über 60 Kommunen in Deutschland hoffen darauf, dass in ihrer Stadt weiterhin ein Warenhaus Platz findet, auch die Beschäftigten hungern nach positiven Informationen. Da muss die Frage nach einem möglichen Standort in vielen Jahren erst mal zurückstehen.

In dem bisherigen Ergebnis des »vorhabenbezogenen Bauplanverfahrens« für das Grundstück sollen die unteren drei Geschosse – also Untergeschoss, Erdgeschoss und erstes Obergeschoss – in ihrer derzeitigen Kubatur

erhalten bleiben. Weiter oben soll ein Teil der vorhandenen Bausubstanz abgerissen werden, damit dort vermahlungsfähige Räumlichkeiten mit natürlichem Lichteinfall entstehen können. Dabei sind insgesamt etwa 15.000 Quadratmeter in den unteren Geschossen für Einzelhandel vorgesehen. Das kann aber nur funktionieren, wenn das 1. Obergeschoss größtenteils für den Einzelhandel zur Verfügung steht. Man muss sich nur einmal in der Müllerstraße umschauen, um zu erkennen, dass dazu ein starker Ankermieter die Kunden auf die obere Ebene ziehen muss: bei Kaufland und bei Müller scheint es zu klappen, im Citti-point und im ehemaligen C&A (Bolu und dm) aber nicht. Und Ankermieter, die so große Flächen in Anspruch nehmen, sind rar.

Die Versicherungskammer Bayern muss jetzt also erst einmal mit den neuen Betreibern von Galeria darüber verhandeln, unter welchen Bedingungen sich diese am Leopoldplatz engagieren wollen. Falls die Verhandlungen scheitern, wird es schwer, einen Ersatz zu finden. Womöglich müsste gar das bereits entwickelte Konzept für den Standort geändert werden. cs

Leserfrage: Was passiert in der Müllerstraße 153?

Was passiert eigentlich mit dem ehemaligen AOK-Gebäude in der Müllerstraße 153, das derzeit leer steht? Das fragte uns ein Teilnehmer der Lesenumfrage der Ecke Müllerstraße (siehe auch Seite 14). Nach unserer Information plant der Eigentümer hier eine Nachverdichtung des Grundstücks mit einem Hotel, Einzelhandel, kleinteilige Gewerbe und Gastronomie, betreutem Wohnen und Werkwohnungen z.B. für die Charité.

Dabei sticht insbesondere die Hotelnutzung heraus. Die ist planungsrechtlich an der Geschäftsstraße zwar zulässig, nicht aber im Wohngebiet an der Genter Straße. Es wäre unseres Wissens nach das erste derartige Vorhaben an der Müllerstraße – die touristische Zone Berlins beginnt bekanntlich erst ein gutes Stück weiter südlich in der Chausseestraße. Offenbar wirkt sich hier das immense internationale Profil der benachbarten Charité aus, die ja zunehmend auch Patientinnen und Patienten von außerhalb Deutschlands behandelt. Und die bringen dann oft auch Teile ihrer Familie und/oder Mitarbeiter ihrer Unternehmen mit, die möglichst in der Nähe des Krankenhauses unterkommen wollen.

Die Planungen befinden sich aber noch in der Vorentwurfsphase und müssen noch weiter abgestimmt werden. Bis sich in der Müllerstraße 156 irgendwann die Kräne drehen, wird also noch einige Zeit ins Land gehen. cs



Bezirk ordnet Strukturen im Sicherheitsbereich neu

»Entscheidungsgremium Prävention im Öffentlichen Raum« gegründet

Das Bezirksamt Mitte hat auf seiner Sitzung vom 19. März seine Gremienstruktur zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention im öffentlichen Raum neu geordnet. Es begründet das mit der »dynamischen Entwicklung der komplexen Problematik rund um den Leopoldplatz«.

Die erst im Februar 2021 aus der Taufe gehobene »Lenkungsrunde Präventionsrat« wird zugleich aufgelöst. Das neue »Entscheidungsgremium Prävention im Öffentlichen Raum« (kurz EPÖR) tritt an ihrer Stelle. Es besteht aus der Bezirksbürgermeisterin und den Stadträten bzw. Stadträtinnen beziehungsweise deren Vertretungen aus Amtsleitungen. Regulär tagt das Gremium zweimal jährlich, um über die Präventionsstrategie des Bezirks zu beraten, einen Präventionsplan zu verabschieden und über die Fördermittel der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zu entscheiden. Ohne Stimmrecht teilnehmen sollen daran auch die Mitarbeitenden der bezirklichen Präventionskoordination, die Präventionsbeauftragten der Polizeidirektionen 2,3 und 5, eine Vertretung der städtebaulichen Kriminalprävention sowie externe Expertinnen und Experten.

Das Gremium tritt bei Bedarf aber auch zu bestehenden Hotspots wie dem Leopoldplatz zusammen. Dann nehmen nur die mit der jeweiligen Problematik befassten Stadträtinnen bzw. Stadträte oder deren Vertretungen teil. In

diesen Hotspot-Runden des EPÖR sollen verantwortliche Ansprechpartner in den Ämtern benannt und Beschlüsse des Bezirksamts vorbereitet werden. Das EPÖR kann temporäre und permanente Arbeitsgruppen beauftragen, die sich intensiv mit einzelnen Fragestellungen befassen und dem Gremium über die erzielten Ergebnisse berichten.

Zu den Hotspots können darüber hinaus regelmäßig tagende Praxisrunden eingerichtet werden. Derzeit sind das die »Praktikerrunde Leopoldplatz« und die »Praxisrunde Alt-Mitte-Parks«. An ihnen sind Vertreter der lokalen Fachebene der Verwaltung beteiligt, aber auch von Landesunternehmen, Maßnahmenträgern und sonstigen Behörden wie beispielsweise den lokalen Polizeiabschnitten. Sie sollen sich über Detailfragen zu den betreffenden Gebieten austauschen.

Die Praktikerrunde Leopoldplatz existiert bereits seit September 2011 und verknüpft die wichtigsten institutionellen Akteure, die mit dem Leopoldplatz zu tun haben.

Weiterhin können im Konzept des EPÖR »Runde Tische« einberufen werden, wenn es zu einem Hotspot im Öffentlichen Raum eine Nachfrage der Anwohnenden und der betroffenen Öffentlichkeit gibt. Derzeit tagt etwa alle zwei bis drei Monate der Runde Tisch Leopoldplatz, über den in dieser Zeitung berichtet wird. Die Resonanz in der Bevölkerung ist sehr groß.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltungen, die dies wünschen, werden zudem über Newsletter über die Präventionsaktivitäten des Bezirks informiert.

Es bestehen auch Schnittstellen zum Senat, zum Beispiel die »Landeskommission gegen Gewalt« oder der »Lenkungsreis Berliner Sicherheitsgipfel« mit seinen Unterarbeitsgruppen »Sicherheit und Sauberkeit« sowie »Sucht und Unterbringung«. Alle Untergruppen können zudem auch Expertenwissen aus der Wissenschaft bzw. der Zivilgesellschaft hinzuziehen.

Der Sicherheitsgipfel hat bereits erreicht, dass trotz der ungünstigen Haushaltslage in diesem und im kommenden Jahr sogar zusätzliche Mittel für Maßnahmen am Leopoldplatz zur Verfügung stehen. Die Koordination der Maßnahmen und die Sicherstellung des Informationsflusses zwischen den unterschiedlichen Gremien und Arbeitsgruppen übernimmt die Präventionskoordination des Bezirks Mitte.

Sie ist per E-Mail erreichbar unter:

praeventionskoordination@ba-mitte.berlin.de
Telefonisch erreicht man sie über die Nummer (030) 901 83 22 55 (Herr Funke)
oder (030) 901 83 22 58 (Frau Dehmel)

Bild rechts

v.l.n.r.: Herr Dittrich, BA Mitte; Frau Remlinger, Bezirksbürgermeisterin; Frau Berendt, SenMVKU; Frau Stolle, SenMVKU; Herr Radloff, Dir 1A-17; Herr Dornblut, Dir 1A-17

Zerstreut sich die Szene allmählich?

Im Winter suchten viele Zuflucht in den Hauseingängen: Neues vom Runden Tisch Leopoldplatz

Obwohl während des Winters die Schar der Suchtkranken auf dem Leopoldplatz sichtlich kleiner wurde, hat sich die Situation für viele Anwohnerinnen und Anwohner nicht verbessert. In den Hausfluren und Treppenhäusern im Umfeld des Platzes sind die Zustände im Winter schlimmer geworden. Das wurde am Runden Tisch Leopoldplatz deutlich, der am 20. März in Anwesenheit der Bezirksbürgermeisterin Remlinger tagte.

Dort hätten in den vergangenen Monaten vermehrt Obdachlose Schutz gesucht, viele von ihnen drogenabhängig, klagten übereinstimmend die Bewohnerinnen und Bewohner unterschiedlicher Mietshäuser im Umfeld des Leopoldplatzes. Und die Eindringlinge hinterließen oftmals eingetretene Eingangstüren, stinkende Kothaufen und Spritzen. Sogar von körperlichen Übergriffen auf Mieterinnen und Mieter wurde berichtet. Auch die Gastronomen am Leo beklagten die Aggressivität der Szene: Die Anwohner sind aufgebracht: Fast 100 waren auch diesmal wieder im ehemaligen BVV-Saal Wedding zum Runden Tisch zusammengekommen.

Die angespannte Situation in den Treppenhäusern hatte natürlich mit der Witterung im Winter zu tun. Außerdem wurde Anfang des Jahres ein leerstehendes Parkdeck in der Seestraße geräumt, in dem zuvor vor allem drogenabhängige ihren Schlafplatz hatten. Die Beschäftigten in Notübernachtungen und Wärmestuben können sich jedoch strafbar machen, wenn sie Drogenkonsum dulden. Und



Ch. Eckelt

weil Suchtkranke meist aggressiv werden, sobald der Entzug einsetzt, fliegen sie oft aus solchen Einrichtungen heraus.

Über spezielle Notübernachtungen für Suchtkranke wird bisher nur diskutiert. In Kreuzberg wollten die Johanniter in diesem Frühjahr eigentlich ein Pilotprojekt starten, allerdings wurden die notwendigen finanziellen Mittel bislang noch nicht frei gegeben. Im Wedding gibt es für so etwas noch nicht einmal Planungen. Das erschwert aber auch die Entwicklung von Maßnahmen gegen den Missbrauch der Hauseingänge durch Suchtkranke: Wohin sollten Polizei oder Sicherheitsdienste sie in eisigen Nächten verweisen, ohne sie in Lebensgefahr zu bringen?

Einen Security-Dienst mit sozialen Ansprüchen gibt es am Leopoldplatz ja bereits, der »Platzdienst« der Firma Urbanus Concept, der auch am Runden Tisch vertreten ist und sich in der »Praktikerrunde« regelmäßig mit dem Polizeiabschnitt, der Sozialarbeit und den anderen Akteuren am Platz abstimmt. Allerdings bestreift dieser Dienst den Leopoldplatz und den Rathausvorplatz nur an Werktagen und während des Tages. In den problematischen Abendstunden ist er nicht aktiv. Doch trotz der Haushaltskrise stehen möglicherweise sogar Mittel für eine Ausweitung der Einsatzzeiten bereit: Der beim Regierenden Bürgermeister angesiedelte »Sicherheitsgipfel« hatte Gelder für »Kiezhausmeister« zugesagt, wie sie in Kreuzberg auf Lastenrädern im öffentlichen Raum aktiv sind und u.a. Kleinreparaturen durchführen. Es wäre folgerichtig, diese Mittel am Leopoldplatz in die Ausweitung des Platzdienstes zu investieren, der ja die praktische Erfahrung vieler Jahre bereits mitbringt. Aber das scheint komplizierter zu sein, als es auf den ersten Blick scheint, zumal in Zeiten knapper Kassen. Die Arbeitsgruppen und Abstimmungsrunden tagen jedoch fleißig, worüber die Bezirksbürgermeisterin und ihr Team am Runden Tisch jedes Mal ausführlich berichten – die Mühlen der Verwaltung mahlen aber sehr langsam.

Allerdings ändert sich die Situation auf dem Platz ständig, die »Szene« ist sehr dynamisch. Vor einigen Jahren versammelten sich auf dem Leo vor allem suchtkranke Flüchtlinge aus Ländern der Heroin-Schmuggelroute, also Afghanen, Iraner, Syrer etc., die aus den Flüchtlingsunterkünften herausgeflogen waren. In letzter Zeit stießen vermehrt russischsprachige Drogenkonsumenten hinzu, oft mit georgischen und moldawischen Pässen (aber keine Ukrainer). Und neuerdings, so berichtete der Sozialarbeiter Tobias Wolf vom Fixpunkt e.V., zerstreute sich die Szene wieder ins weitere Umfeld. Zum Beispiel wird Drogenhandel und -konsum verstärkt auch wieder auch im Kleinen Tiergarten in Moabit registriert, wo in der letzten Zeit relative Ruhe geherrscht hatte.

Einen Grund für die Zerstreung der Szene sah der Streetworker aber weniger in der gestiegenen Zahl an Polizeieinsätzen, sondern vor allem in den vermehrten körperlichen Auseinandersetzungen unter Dealern, die teilweise unter Einsatz von Reizgas ihre Streitigkeiten austragen. Einige der Dealer suchten sich deshalb andere Orte für ihre Betätigung – und die Suchtkranken folgten ihnen dann. Allerdings weiß niemand, ob das nur eine vorübergehende Erscheinung oder eine langfristige Entwicklung ist. cs

Strategien gegen Crack gesucht

Eine neue Studie soll Erkenntnisse bringen

Am Leopoldplatz werden demnächst Forscherinnen und Forscher auftauchen und Fragen stellen. Denn derzeit wird von der Landessuchtbeauftragten eine große Studie zu Crack in Berlin vorbereitet, wie man am Runden Tisch Leopoldplatz erfuhr.

»Es gibt doch schon jede Menge Studien zu Crack aus den USA. Wir brauchen jetzt doch nicht noch eine für Berlin – das Geld könnten wir besser einsetzen!« Am Runden Tisch formuliert ein Anwohner Widerspruch. Ein anderer fordert die Studie hingegen umso vehementer: »Die Drogen-szene kriegt eine ganz andere Dynamik, wenn Crack gehandelt wird. Nur wenn wir die verstehen und mehr darüber wissen, haben wir überhaupt eine Chance, mit diesem Problem zurecht zu kommen.«

Ganz neu ist Crack bei uns nicht. Denn um Crack herzustellen, sind keine großen Labore und keine speziellen Kenntnisse erforderlich: Man braucht nur Kokain, Natron und idealerweise eine Küche, ein Feuerzeug tut`s zur Not aber auch. Deshalb kochten auch früher schon einzelne bei sich zuhause für den Eigengebrauch Crack. Ein prominentes Beispiel aus München war Konstantin Wecker. Crack ist Kokain, das rauchbar gemacht wurde und über die Lunge statt über die Schleimhäute aufgenommen wird. Es wirkt wesentlich stärker, schneller und kürzer als normales Kokain – und macht extrem abhängig. Eine Dosis Crack ist wesentlich billiger als Kokain, deshalb gilt Crack auch als »Koks für Arme«.

In den USA bildeten sich lokale Crack-Szenen schon in den 1980er Jahren, betroffen waren hier fast nur sozial abgehängte Viertel in großen Ballungsräumen, im ländlichen Raum oder in den Vorstädten findet man Crack-Szenen

kaum. In den betroffenen Vierteln nahm die Gewaltkriminalität stark zu, die Zahl der Schusswaffenopfer verdoppelte sich oftmals binnen kurzem. Denn es bildeten sich schnell kriminelle Gruppen, die die Suchtkranken mit Crack versorgten und sich gegenseitig bekämpften. Die großen Drogenkartelle liefern dabei nur das Kokain, die Gewinne aus dem Crack-Handel sind ihnen angesichts der Risiken viel zu spärlich.

Auch in Deutschland haben sich schon lokale Crack-Szenen gebildet: in Hamburg, Hannover und Frankfurt, also in großen Ballungsräumen. Hier herrschen aber ganz andere Rahmenbedingungen als in den USA: die soziale Entmischung ist lange nicht so ausgeprägt und Schusswaffen gibt es hier nicht im Supermarkt. Zudem wird in Deutschland Sucht zumeist als Krankheit und nicht als Sünde begriffen. Allerdings gibt es für Crack keine Medikamente wie Methadon für Heroin, die den Suchtkranken ein relativ normales Leben ermöglichen können.

Eine der großen offenen Fragen ist also, unter welchen Bedingungen sich hierzulande Crack-Szenen überhaupt bilden. Ist verbreitete Obdachlosigkeit eine Voraussetzung oder eher die Folge? Braucht es eine größere Gruppe sozial abgehängter Menschen ohne familiäre Bindungen? Und warum ballen sich solche Problemgruppen eigentlich immer am Leopoldplatz? Die Kernfrage ist aber: Mit welchen Strategien lässt sich die Crack-Epidemie eindämmen? Darauf wird die Wissenschaft zwar keine sichere Antwort geben können, aber gewisse Hinweise können wir uns von dieser Studie durchaus erwarten. cs

Mutwillig zerstört

Die Bänke auf dem Leopoldplatz müssen teilerneuert werden

So stark beschädigt waren die hölzernen Sitzbänke der meisten Bänke auf dem Leopoldplatz, dass die evangelische Nazarethkirchengemeinde sie unlängst komplett entfernen ließ. Offenbar wollte sie sich keinen Haftungsansprüchen aussetzen, die gegen sie als Grundstückseigentümerin des Vorplatzes der Alten Nazarethkirche hätten geltend gemacht werden können, wenn sich jemand an den Bänken verletzt hätte oder Kleidung aufgerissen wäre.

Zwar werden zusätzliche öffentliche Mittel auch für die bauliche Instandsetzung des Leopoldplatzes bereitgestellt, allerdings muss die Erneuerung der Sitzflächen noch ausgeschrieben werden. Es kann also noch dauern, bis die Bänke auf dem vorderen Platzteil des Leo wieder voll funktionsfähig sind. Eigentlich sind die Bänke extra stabil konstruiert. Nach gut zehn Jahren Einsatz am »Hotspot« – im Oktober 2013 wurde der erneuerte vordere Platzteil des Leopoldplatzes feierlich eingeweiht – ist ihre Lebensdauer jetzt aber schon vorzeitig abgelaufen. Zuletzt haben sich die Bedingungen vor Ort drastisch verschärft. Bei den Attacken auf die Bänke muss mit purer Zerstörungsabsicht und erheblicher Gewalt vorgegangen worden sein. cs



Ch. Eckelt



Ch. Eckelt

KOMMENTAR

»Bürger:innengärten am Leo«?

Wie man im Wedding sprachlich daneben liegen kann

Durch sprachliches Geschick hat sich die Bezirksverwaltung im Umfeld des Leopoldplatzes bisher nicht unbedingt hervorgetan. So wollte sie den hinteren Platzteil, der nach einer Neugestaltung am 4. Mai eröffnet wird, lange Zeit partout nicht als »Maxplatz« bezeichnen. In der Gegend nennt ihn jeder so, man muss hier den Maxplatz vom Leo unterscheiden, schon um klarzumachen, auf welchem der beiden Spielplätze man sich gerade verabredet hat. Und natürlich identifiziert man sich auch nicht so gern mit den »Brennpunkt«-Problemen des Leopoldplatzes.

Denselben Fehler macht das Straßen- und Grünflächenamt jetzt also erneut – und dann auch noch mit Glottisschlag: Zehn Hochbeete auf dem Maxplatz sollen in nachbarschaftlichem Engagement bepflanzt und gestaltet werden. Die wird aber kein Mensch im Umfeld »Bürger:innengärten am Leo« nennen. Das klingt nämlich wie pures Öko-Kartoffel-Rathausdeutsch. »Bürgergärten am Maxplatz« wäre auch noch viel zu schönrednerisch für den Wedding, »Maxbeete« oder »Hochbeete am Maxplatz« schon angemessener. Es können aber auch ganz andere Wortschöpfungen zustande kommen.

Als Glottisschlag bezeichnet man in unserem Beispiel die kleine Kunstpause zwischen »Bürger« und »innen«. Man soll diese Pause beim Sprechen einfügen, wenn mitten im geschriebenen Wort ein Doppelpunkt oder ein Sternchen erscheint. Universitätsabsolvent:innen beherrschen den Glottisschlag meistens gut, weil sie ihn in ihren Seminaren trainiert haben, auch manche Fernsehmoderator:innen haben ihn schon fleißig geübt. In Bayern ist er vor Kurzem verboten worden. Im Wedding haben die Leute andere Sorgen.

Zudem hat es sich eingebürgert, in zusammengesetzten Wörtern höchstens am Ende zu gendern, weil sich sonst nämlich im Deutschen unverständliche Bandwurmwörter ergeben. So denkt auch unser Bezirksoberhaupt Stefanie Remlinger gar nicht daran, sich als »Bezirksbürger:innenmeisterin« zu bezeichnen. Und wenn man, wie die meisten Weddingerinnen und Weddinger, nicht Deutsch zur Muttersprache hat, kann man mit den Doppelpunkten und Sternchen sowieso nichts anfangen. Die, die sich im Vorfeld zur Pflege der Hochbeete bereit erklärt haben, denken bei dem Namen »Bürger:innengärten am Leo« wohl nur wieder mal: »Die spinnen, die Kartoffeln!«

Christof Schaffelder

Tag der Städtebau-förderung im Umfeld der Müllerstraße

4. Mai, 12–18 Uhr:

Feierliche Einweihung des Maxplatzes

Der Maxplatz befindet sich im hinteren Teil des Leopoldplatzes und wurde zu einem Ort für Sport und Spiel umgestaltet. Er verfügt nun über Basketballkörbe, einen Bolzplatz, Tischtennisplatten, eine Calisthenics-Anlage und vieles mehr. Am Tag der Städtebauförderung sind Jung und Alt herzlich eingeladen, bei einer Vielzahl von Aktivitäten mitzumachen. Es gibt ein Sportturnier, Vorführungen und eine Ausstellung mit aktuellen Informationen zu anderen Sportangeboten und Aktivitäten im Grünen rund um das Sanierungsgebiet Müllerstraße. Wer Neues ausprobieren, ausgefeilte Skater-Tricks zeigen möchte oder einfach mit den Nachbarinnen und Nachbarn plaudern will, ist herzlich eingeladen, einen ebenso entspannten wie abwechslungsreichen Nachmittag auf dem Maxplatz zu verbringen.

4. Mai, 13–16 Uhr:

Haus der Jugend / Haus der Familie

Das größte Ensemble der Kinder- und Jugendhilfe in Mitte erhält nach einigen Verzögerungen eine umfassende Sanierung und Modernisierung, die voraussichtlich bis Ende 2024 abgeschlossen sein wird. Nach sieben Jahren Bauzeit können nun alle Interessierten den Fortschritt des Bauprojekts hautnah erleben. Während ein Gebäude bereits eröffnet ist, ist ein weiteres noch im Entstehen. Es besteht die Möglichkeit, mit kundiger Führung durch die verschiedenen Bauphasen zu wandern und mehr über die Geschichte dieses bedeutenden Gebäudekomplexes aus den 1950er Jahren zu erfahren. Diese faszinierende Reise in die Berliner Baugeschichte richtet sich an alle ab 14 Jahren. Festes Schuhwerk wird empfohlen. Treffpunkt Eingang Reinickendorfer Straße 55. cs

Noch viel mehr Veranstaltungen zum Tag der Städtebauförderung in Berlin finden Sie unter: tag-der-staedtebaufoerderung.berlin.de

Bodenwerte sinken – Sprengelhaus gerettet?

Es sieht offenbar ganz gut aus im Krimi ums Sprengelhaus. Die Erbgemeinschaft, der das Nachbarschaftszentrum im Sprengelkiez gehört, möchte es zwar weiter verkaufen. Aber der desolate Zustand des Immobilienmarktes in Deutschland und hier insbesondere des Marktes für gewerblich genutzte Immobilien scheint den gegenwärtigen Nutzerinnen und Nutzern in die Hände zu spielen. Die Bodenwerte gehen jedenfalls weiter zurück, wie die neuesten vom Gutachterausschuss veröffentlichten Werte zeigen. Im Sprengelkiez, der als Wohngebiet ausgezeichnet ist, sank der Bodenrichtwert innerhalb eines Jahres um 30% (von 2000 auf 1400 Euro/qm), für das Gebiet der Osramhöfe, die als reines Gewerbeobjekt verzeichnet sind, wird ein Rückgang von 20% ausgewiesen (von 2500 auf 2000 Euro/qm). Das Sprengelhaus ist ein Mietshaus mit Gewerbeetagen in der typischen »Berliner Mischung«. Die Gewerberäume werden nicht nur für nachbarschaftliche Zwecke genutzt, hier treffen sich darüber hinaus auch unzählige kleinere migrantische Initiativen, es ist also auch ein für die gesamte Stadt wichtiges kulturelles Zentrum. Offenbar gibt es für das Gebäude nur noch zwei Kaufinteressenten: ein Verein aus dem Wedding, der einen Teil des Hauses auch künftig der Gemeinwesenarbeit zur Verfügung stellen möchte, und ein städtisches Wohnungsunternehmen. Die Mietverträge für die Gemeinwesenarbeit seien bis zum 1.7. verlängert. Genaueres erfährt man in einem Artikel des »Kiezboten«, der demnächst herauskommen soll: www.runder-tisch-sprengelkiez.de/der-kiezbote cs

Schienenersatzverkehr am Leo

Kabeldiebstahl führte zu monatelangen Beschränkungen der U6 / Keine Rede mehr von Tunnelanierung

Sehr viel Betrieb herrschte im März an der Bushaltestelle Leopoldplatz an der Müllerstraße. Dort warteten oft viele Dutzend, manchmal sogar hundert Fahrgäste auf den Schienenersatzverkehr in Richtung Tegel. Zwischen Leopoldplatz und Reinickendorfer Straße war darüber hinaus ein Pendelverkehr auf nur einem Gleis eingerichtet. Diese Einschränkungen sollten laut BVG Anfang März »wochenlang« weiterbestehen, als Grund wurden »Kabeldiebstahl« angesehen. Bei Redaktionsschluss Anfang April jedenfalls war der normale Zustand noch nicht wiederhergestellt.

Für die Busse, die den Schienenersatzverkehr übernahmen, waren die Parkplätze an der Wendeschleife rund um den vorderen Teil des Leopoldplatzes freigeräumt. Der Schienenersatzverkehr begann zuvor erst am Kurt-Schuhmacher-Platz, weil der überirdische Teil der U-Bahnstrecke gegenwärtig komplett saniert wird.

Die »Kabeldiebstahl« an der U6 resultieren aus einem Kabeldiebstahl im November in der Umgebung des U-Bahnhofs Rehberge. In dessen Folge wurde der Takt der U6 im Abschnitt zwischen Halleschem Tor und Kurt-Schuhmacher-Platz zunächst drastisch ausgedünnt. Die Reparaturen gestalteten sich aber offenbar schwieriger als gedacht. Laut einem Bericht der taz liegt das an den schweren Verwüstungen, die die Diebe beim Kabelklau zurückgelassen haben.

Von bevorstehenden Sanierungsarbeiten an den U-Bahntunneln der U6 im Bereich der Müllerstraße ist bei der BG dagegen keine Rede mehr. In den frühen 2010er Jahren hatte u. a. ein breit angelegtes Verfahren der Bürgerbeteiligung zum Umbau der Müllerstraße stattgefunden, dessen Ergebnis aber nie umgesetzt wurde. Obwohl die finanziellen Mittel bereitgestanden hatten, wurde aufgrund der Intervention der BVG auf bauliche Maßnahmen verzichtet. Man wollte keinen aufwändigen Umbau der Geschäftsstraße und kurz danach eine erneute Riesenbaustelle wie vor einigen Jahren auf der Chausseestraße vor dem BND-Areal. Der Zustand des U-Bahn-Tunnels bessert sich allerdings nicht von selbst. Sollte es also doch zu aufwändigen Sanierungsarbeiten kommen, wäre danach ein Rückbau der Müllerstraße in ihren jetzigen Zustand zumindest im zentralen Teil der Geschäftsstraße nicht angebracht. Denn hier fehlt vor allem Platz auf den Bürgersteigen: für die zahlreichen Passantinnen und Passanten, aber auch für die Außengastronomie, was die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich deutlich steigern könnte. Nach den alten Planungen sollte der Grünstreifen in der Mitte der Müllerstraße verkleinert werden, um Platz für einen Fahrradweg zu gewinnen. Der ist jetzt in Form eines breiten Seitenstreifens auf Kosten der Parkplätze in der Straße entstanden. Müsste man jetzt nicht eigentlich vor allem breitere Bürgersteige und mehr Platz für die Außengastronomie schaffen? cs



Ch. Eckelt

Nachwuchs unterwegs!

Stadträtin Dr. Almut Neumann tritt aus persönlichen Gründen zurück

Ihren Rücktritt als Bezirksstadträtin für den öffentlichen Raum im Bezirk Mitte hat Dr. Almut Neumann zum 15. April angekündigt. Sie nannte offiziell »persönliche und familiäre Gründe«.

Es ist allerdings kein großes Geheimnis, worin diese bestehen: Frau Dr. Neumann erwartet Nachwuchs, laut Pressemeldungen sogar Zwillinge. Dann dürfte das familiäre Leben keinen Raum mehr für die Aufgaben einer Stadträtin lassen, denn die verheiratete Juristin hat bereits zwei Kinder.

Um das Amt neu zu besetzen, hat der Kreisvorstand Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Mitte eine Findungskommission gebildet, die der Kreismitgliederversammlung am 13. April eine geeignete Person für die Nachbesetzung vorschlagen soll. Die Bezirksverordnetenversammlung könnte dann in ihrer Sitzung vom 25. April 2024 über die Nachfolge entscheiden.

Dr. Almut Neumann ist seit November 2021 Bezirksstadträtin für Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen. In ihrer zweieinhalbjährigen Amtszeit hat sie sich einen sehr guten Ruf erworben, auch in der Verwaltung gilt die ehemalige Verwaltungsrichterin als äußerst kompetent und durchsetzungsstark.

»Ich bin von Herzen gerne Stadträtin für den öffentlichen Raum hier bei uns in Berlin Mitte,« so wird Dr. Almut Neumann in der Presseerklärung des Bezirks zitiert. »In den vergangenen zweieinhalb Jahren konnte ich mit meinen Teams wirklich viel in Sachen Verkehrswende, Stadtgrün und Schwammstadt im Bezirk voranbringen. Mitte ist dadurch sicherer und lebenswerter geworden – was mich sehr freut und stolz macht!«

Bezirk streicht Aufwandsentschädigung für Gebietsvertretungen

Die Zahlung für Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche die sich in Quartiersräten, Stadtteil- und Betroffenenvertretungen oder im Frauenbeirat Stadtplanung engagieren, wird ab dem Haushaltsjahr 2024 eingestellt. Der Grund sind die vom Senat geforderten »pauschalen Minderausgaben« in den Bezirkshaushalten 2024 und 2025, die zu einem strukturellen Defizit führen. Die Aufwandsentschädigungen für die Gebietsvertreterinnen und -vertreter wurden im September 2021 beschlossen und sind eine freiwillige Leistung des Bezirks Mitte, der als einziger Berliner Bezirk eine solche Aufwandsentschädigung auszahlte. Für die in den Gebietsvertretungen engagierten Ehrenamtlichen war das in erster Linie eine Anerkennung ihrer Arbeit, die meisten spendeten das Geld an Projekte in den jeweiligen Kiezen weiter. In einer Stadtteilvertretung wurde das Geld im vergangenen Jahr zur Deckung von Rechtskosten gespendet, die entstanden, weil auf der Website der Vertretung irrtümlich ein Foto ohne die Zustimmung des Fotografen veröffentlicht worden war. cs



Ch. Eckelt

Neuer Ansprechpartner für Baumscheiben im SGA

Immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Mitte engagieren sich für ein abwechslungsreiches und buntes Straßenbild vor ihrer Haustür. Eine Möglichkeit bietet dazu die Bepflanzung und Pflege von Baumscheiben, also den nicht gepflasterten Bereich rund um die Straßenbäume. Aber Vorsicht, man kann unter Umständen auch Fehler machen und durch ein falsches Vorgehen den Baum beschädigen.

Das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) des Bezirks Mitte hat daher die Stelle eines Ansprechpartners »Stadtgrün-Mitgestalten« geschaffen. Günter Fuchs steht künftig mit guten Tipps und fachlicher Expertise zur Seite, wenn es darum geht, wie man eine ansonsten leere Baumscheibe zu einem kleinen Biotop verwandeln kann: Welche Pflanzen helfen den Wurzeln? Welche Pflanzen spenden Schatten? Welche Pflanzen vertragen sich gut miteinander? Wie tief darf ich graben? Und vor allem: Was sollte ich pflanzen, damit es in der Baumscheibe nicht nur bunt blüht, sondern auch wieder summt und brummt!

Weitere Informationen findet man im Internet (»Bezirk Mitte« und »Baumscheiben« suchen). Dort steht auch ein Flyer zur Baumscheibenbepflanzung zum Download bereit. Kontakt zu Günter Fuchs: guenter.fuchs@ba-mitte.berlin.de



Ch. Eckelt

Kreative Umweltprojekte gesucht!

Mitte lobt den Umwelt- und Klimapreis 2024 aus

Das Bezirksamt Mitte würdigt auch in diesem Jahr das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Kindern und Jugendlichen sowie Vereinen, Verbänden und Gewerbetreibenden für Umwelt, Natur und Klimaschutz mit dem Umwelt- und Klimapreis. Zur Teilnahme berechtigt sind Personen und Gruppen, die ihren Projektschwerpunkt in Mitte haben.

Erwartet wird eine große Vielfalt an innovativen Beiträgen und Ideen, die sich mit Umwelt- und Naturschutz sowie Nachhaltigkeit befassen. Projekte, die unmittelbar dem Klimaschutz bzw. der Klimaanpassung dienen, sind ausdrücklich erwünscht. Die Einreichungen können sich sowohl auf geplante als auch bereits durchgeführte Projekte beziehen. Der inhaltlichen Ausrichtung, Umsetzung und Präsentation sind dabei kaum Grenzen gesetzt.

Das Spektrum der vergangenen Jahre hat eine hohe Kreativität zu Tage gebracht. Die Beschäftigung mit naturkundlichen und technischen Sachverhalten wurde fast immer mit künstlerischen, kulturellen oder sozialen Aspekten verknüpft. Beispielgebend dafür sind die zahlreichen gärtnerischen Projekte, die mit ihren pädagogischen und nachbarschaftlichen Ansätzen besonders beeindruckten.

Das Umwelt- und Naturschutzamt, Schul- und Sportamt sowie das Jugendamt stellen gemeinsam ein Preisgeld von 3000 Euro zur Verfügung. Für besonders nachhaltige Projekte werden zum wiederholten Mal 500 Euro vom Umwelt- und Naturschutzamt gestiftet. Dem hohen Stellenwert der Umweltbildung und Naturerfahrung wird mit dem Sonderpreis »Bunte Beete – Gärtnern mit Kindern und Jugendlichen« Rechnung getragen. Dafür haben der Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V. und der Verlag W. Wächter 1000 Euro bereitgestellt.

Die Anmeldung muss bis Freitag, den 24. Mai 2024 durch Einreichung einer zweiseitigen Kurzpräsentation im Format A4 per Post oder E-Mail im Schul-Umwelt-Zentrum Berlin-Mitte erfolgen. Die Bewerbung kann per E-Mail oder Post zugesandt werden. Auch eine persönliche Abgabe ist möglich.

Die Preisverleihung findet am Mittwoch, dem 12. Juni 2024 um 14 Uhr ebenfalls im Schul-Umwelt-Zentrum statt. Dort werden die Beiträge ab 10 Uhr vor einer unabhängigen Jury präsentiert.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt oder im Umweltladen Mitte, Karl-Marx-Allee 31, (030) 901 82 20 81, E-Mail: umweltamt.uwl@ba-mitte.berlin.de oder im Schul-Umwelt-Zentrum Berlin-Mitte (SUZ), Scharnweberstraße 159, (030) 49 87 04 09, E-Mail: info@schul Umweltzentrum.de

Bezirkliches Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept beschlossen

Mitte Februar hat das Bezirksamt Mitte das Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept für den Bezirk beschlossen. Es wurde von Juni 2022 bis November 2023 unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet. Im Jahr 2023 hatten zwei öffentliche Bürgerveranstaltungen dazu stattgefunden. Die Erarbeitung des Konzepts wurde durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert.

Im Jahr 2020 hatte das Bezirksamt Mitte den Klimanotstand ausgerufen. Damit wurde anerkannt, dass die Eindämmung der Klimakrise nicht nur auf Bundes- und Landesebene geschehen muss, sondern auch auf Bezirksebene Priorität hat. Zur Umsetzung der bezirklichen Aktivitäten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung wurde dieses erste integrierte Konzept für den Bezirk Mitte entwickelt. In der Ausgestaltung galten klar definierte bundesweite Standards. Im Rahmen des Konzepts verpflichtet sich auch das Bezirksamt Mitte dem sogenannten 1,5 Grad-Ziel und einer entsprechenden Reduktion der bezirklichen Treibhausgasemissionen.

Auf mehr als 300 Seiten sind zahlreiche konkrete Maßnahmen in »Steckbriefen« beschrieben, die zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und anderer schädlicher Emissionen einerseits und zur Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen andererseits beitragen – vom Radwegausbau und dem Ausbau der E-Ladestruktur über Erhalt, Pflege und Schaffung von Grünflächen, Photovoltaik und energetische Quartierkonzepte bis zur Nutzung erneuerbarer Energien und Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs bei Neubauten und Beschaffung, aber auch Hitzeschutz- oder Entsiegelungsmaßnahmen zur Schadensvermeidung bei Starkregenereignissen.

Das Konzept kann auf der Website des Bezirks als Dokument heruntergeladen werden: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/beauftragte/klimaschutz/aktivitaetenklimabereich-1276373.php

us

Sanierungsgebiete vor der Aufhebung

Exakte Formeln für Ausgleichsbeträge erst in zwei Jahren – vorzeitige Aufhebung gern gesehen

Die Laufzeit der Sanierungsgebiete Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt, in denen die Sanierungszeitung »ecke« erscheint, nähert sich ihrem Ende. Alle drei

Gebiete wurden am 15. März 2011 in der 12. Rechtsverordnung förmlich festgelegt. Über einen Zeitraum von 15 Jahren sollten demnach gezielt öffentliche und private Investitionen in diese Gebiete gelenkt werden, um städtebauliche Defizite und Funktionsschwächen zu beseitigen.

Im März 2026, also schon in etwa zwei Jahren, wäre also das Ende dieser 15jährigen Laufzeit erreicht. Das bedeutet aber nicht, dass schlagartig keine öffentlichen Mittel mehr zur Verfügung stehen: Die Förderprogramme rechnen in »Programm Jahren«, die sich über mehrere Kalenderjahre erstrecken. Projekte aus dem Programmjahr 2024 laufen also tatsächlich bis 2028.

Wenn das Sanierungsgebiet ausläuft ist aber der Endwert der Bodenwertentwicklung im Gebiet erreicht, der für die Berechnung der »Ausgleichsbeträge« benötigt wird, den die Grundstückseigentümer in den Gebieten leisten müssen. Denn die haben nach dem Paragraphen 154 des Baugesetzbuches zufolge »einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten, der durch die Sanierung bedingten Erhöhung des Bodenwerts seines Grundstücks entspricht«.

Die starken Schwankungen der Bodenwerte in Berlin, die noch dazu im Inneren der Stadt deutlich heftiger waren als in den Außenbezirken, machen es nahezu unmöglich, den »durch die Sanierung bedingten Anteil« mit Hilfe einer einheitlichen Formel herauszufiltern. Sogar in Mitte war die Preisentwicklung unterschiedlich. In der Nördlichen

Luisenstadt etwa hat sich der Bodenrichtwert zwischen 2011 und 2022 etwa verzehnfacht – und ging 2024 wieder zurück auf das sechsfache des Wertes bei der Festsetzung des Sanierungsgebietes. An der Turmstraße liegt er aktuell genau fünfmal so hoch wie 2011, erreichte 2022 auch schon mehr als das achtfache. Und in der Müllerstraße hat er sich seit 2011 mehr als versiebenfacht wobei er im Jahr 2022 schon mal auf mehr als das Zehnfache geklettert war. Der Bodenrichtwert wird jedes Jahr vom unabhängigen »Gutachterausschuss« auf der Grundlage sämtlicher notariell abgeschlossener Kaufverträge in der Stadt ermittelt.

Die starken konjunkturellen Schwankungen der Bodenrichtwerte – den stärksten Einfluss hat dabei die Entwicklung der Zinsen – machen es schwer, eine generelle Formel für die sanierungsbedingte Wertsteigerung zu entwickeln. Am 27. Dezember 2023 wurden dazu neue Ausführungsvorschriften erlassen (»AV Ausgleichsbeträge«), die achteinhalb dicht bedruckte Seiten im Amtsblatt Nr. 2/2024 füllen. Dabei konnte aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes keine einheitliche Formel für ganz Berlin aufgestellt werden, jeder Bezirk muss nun für jedes Sanierungsgebiet ein eigenes Gutachten dazu in Auftrag geben, das einer gerichtlichen Überprüfung standhalten können muss. Das kann durchaus zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Erst wenn dieses Gutachten vorliegt, können die Eigentümer ausrechnen, wie hoch diese Abgaben tatsächlich sind. Und natürlich benötigt man dazu die Bodenrichtwerte des Jahres in dem das Sanierungsgebiet offiziell ausläuft.

Für die Sanierung ist es jedoch nicht unerheblich, wie schnell die Beträge im Bezirkshaushalt eingehen. Denn fließen sie rechtzeitig, können sie noch für laufende Maßnahmen im öffentlichen Raum eingesetzt werden. In den Kostenschätzungen dieser Maßnahmen sind die drastisch gestiegenen Baukosten der letzten Jahre nämlich oft nicht eingepreist. Um die Finanzierung dieser Maßnahmen zu sichern, wären die Einnahmen aus den Ausgleichsbeträgen also gut zu gebrauchen. Gern gesehen werden deshalb Eigentümer, die ihre Grundstücke vorzeitig aus der Sanierung entlassen haben wollen und sich auf die vorfristige Zahlung von Ausgleichsbeträgen einlassen.

Daraus ergibt sich ein weiteres Dilemma: Denn tatsächlich gibt es durchaus nicht wenige Eigentümer, die ihre Grundstücke gern jetzt schon ablösen möchten – doch die Verwaltung muss sie verträsten, solange nicht klar ist, wie die Ausgleichsbeträge berechnet werden sollen. cs



Ch. Eckelt

In Sanierungsgebieten wurde verstärkt in den Öffentlichen Raum investiert, z.B. in Kinderspielplätze.

Danke für die große Resonanz!

Die Leserinnen und Leser geben der »Ecke« sehr gute Noten

In den vergangenen beiden Ausgaben haben wir eine Leserumfrage durchgeführt, deren Ergebnis wir Ihnen nicht vorzuenthalten möchten: Danke für dieses eindrückliche Vertrauensvotum! Insgesamt 51 ausgefüllte Fragebögen gingen bei uns ein. Das ist in Zeiten ultraschneller Online-Befragungen für eine Kiezzeitung viel und für uns ein großer Ansporn.

Die meisten Fragebögen (36) brachte die Post in den Redaktionsbriefkasten, etwas weniger als ein Drittel (15) gingen im elektronischen Postfach ein. Etwas mehr Männer als Frauen machten sich diesmal die Mühe, auf unsere Anfrage zu antworten. Bei der letzten Leserumfrage vor knapp zwei Jahren waren es noch doppelt so viele Frauen wie Männer. Ob das mit der Pandemie zu tun hatte oder einfach nur statistisches Rauschen ist?

Altersmäßig überwogen auch diesmal die höheren Semester. Mehr als die Hälfte der Einsender und -innen gab an, älter als einschließlich 60 zu sein. Und die allermeisten wohnen schon lange im Kiez, etwas mehr als die Hälfte sogar schon über 20 Jahre, Spitzenreiterin war eine Leserin aus Moabit, die sogar bereits 82 Jahre in ihrem Kiez wohnt! Knapp 10% hatten angegeben, gar nicht in den Erscheinungsbereichen der Ecken zu wohnen, was durchaus ein positives Ergebnis ist: Die Zeitung richtet sich ja nicht nur an Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch z.B. an Gewerbetreibende und Arbeitnehmer im Kiez. Nur einer wohnte weniger als fünf Jahre in einem der Gebiete – bei früheren Leserumfragen war dieser Anteil deutlich größer gewesen. Das kann aber auch ein Indiz dafür sein, dass der Wohnungsmarkt und damit die Fluktuation in den letzten Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen ist.

Der Bezirk Mitte ist, trotz der immensen Wohnpreise bei Neuvermietungen, immer noch ein »junger Bezirk« mit viel Zuwanderung. Allerdings scheinen sich die neuen Mitte-Bewohner und -Bewohnerinnen nicht mehr so sehr für Lokalpolitik zu interessieren, oder es fehlt ihnen die Zeit für Umfragen. Womöglich sehen sie ihren Aufenthalt im Zentrum Berlins häufiger als früher nur als vorübergehende Episode in ihrem Leben. Unsere Leserinnen und Leser interessieren sich jedenfalls vor allem für »Aktuelles aus dem Kiez«, das von fast allen angekreuzt wurde, als es um die Interessensgebiete ging. Mit etwas Abstand folgte »Bauen und Wohnen«, »Verkehr und öffentliche Räume« sowie »Bürgerbeteiligung«. Allerdings wurde jedes aufgeführte Thema mindestens von der Hälfte der Teilnehmer genannt, es scheint also gar kein Langweiliger-Thema zu geben, auf das wir verzichten könnten. Die Noten für die Redaktion waren denn auch fantastisch: Nochmals danke, lieber Leserinnen und Leser!

Und schließlich gaben uns unsere Leserinnen und Leser auch noch eine Fülle von Anregungen über Themen, die wir in den drei Lokalausgaben der Ecke aufgreifen sollten. Wir haben sie mit großem Interesse studiert und wollen die ein oder andere auch umsetzen.

Es wurde viel Zustimmung geäußert, wie etwa: »Bleibt so bunt und kritisch positiv«, »die Zeitung ist sehr informativ«, »mir gefällt die Mischung der Themen sehr gut!« oder »mit Humor und Liebe gemacht!«. Es wurde aber auch Kritik formuliert: »keinesfalls längere Beiträge«, »schwer lesbar (Schriftgröße!)«, »eine Spur zu woke«, »mehr Bildunterschriften«. Für diese Stimmen sind wir dankbar, denn sie helfen uns, die Zeitung besser zu machen. Es gab aber vor allem auch konkrete Anregungen, denen wir gerne nachgehen: etwa zu Orten, wo sich wilde Mülldeponien entwickeln, zu Straßenbäumen, die schon vor Jahren abgeholzt, aber niemals nachgepflanzt wurden oder zu Fragen wie »Woran liegt es, dass die Straßenbahn die ersten Wochen leise war und jetzt ganz laut quietscht?«. Es gibt allerdings auch Fragen, auf die wir keine Antworten haben, weil wir das selbst sehr gern wissen würden: »Wie und wo findet man in Berlin eine günstige Wohnung?« Wir danken allen für so viel Lob, ermutigenden Zuspruch und konstruktive Anregungen! Und ganz besonders herzlich möchten wir uns bei jener Leserin bedanken, die nicht nur den Fragebogen in den Umschlag steckte, sondern gleich noch eine leckere Tafel Schokolade (Fair Trade!) dazu – als »Nervennahrung«. Die können wir in der Tat manchmal gut brauchen ...

Die Redaktion

Die versprochenen Kaffeepötte gehen an:
Wolfgang Gerstmann, G. Feick, W. Blohm, Günter Henke,
Daniela Oczkowski, Egon Grobb; Roman Grüttner,
Christiana Thiede, Jeanette Berner



Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Piotr Sosinski (030) 901 84 54 09
piotr.sosinski@ba-mitte.berlin.de
Salma Khamis (030) 901 84 57 61
salma.khamis@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Marcel Göbel (030) 857 57 71 39
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de
Geschäftsstraßenmanagement:
Martina Trapani (030) 857 57 71 38
M.Trapani@jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
vorübergehend: c/o Stadteckkoordination
Parkviertel, Müllerstraße 56–58,
13349 Berlin (Paul Gerhardt Stift)
menschmueller@stadteckvertretung.de
www.stadteckvertretung.de
E-Mail-Nachrichten:
mitteilungen@stadteckvertretung.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Andreas Funke
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 55

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–13 Uhr, telefonisch: (030) 44 33 81-11
und Do 15–18 Uhr im Vor-Ort-Büro
Triftstraße 2
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Warum man im Wedding die Busfahrer grüßt

Seit einiger Zeit fahre ich häufiger mit dem Bus, weil der bis kurz vor meine Haustür fährt und ich die Einkäufe dann nicht mehr so weit schleppen muss. Früher fand ich das Busfahren langsam und nervig, aber inzwischen sehe ich das anders. Denn im Bus kriegt man ein Gefühl für die Nachbarschaft, man kann man den Kiez beobachten und die Leute im Bus. Oder die Busfahrer, die von vielen Fahrgästen begrüßt und verabschiedet werden.

Gute Busfahrer und Busfahrerinnen bemühen sich, an den Haltestellen ihr Gefährt so zum Stehen zu bringen, dass man beim Aussteigen nicht über eine wurzelige Baumscheibe stolpert, was für Leute mit Hackenporsche, Kinderwagen oder Rollator äußerst mühselig werden kann. Meistens merken wir aber nichts von diesem Fahrgeschick. Es fällt nur auf, wenn einer mal unachtsam ist, und das kommt in letzter Zeit immer häufiger vor. Kürzlich habe ich erlebt, wie sich die Tür des Busses direkt vor einem dieser breiten Verteilerkästen öffnete, der den Weg nach draußen komplett verriegelte.

Ich hoffe in solchen Situationen immer, dass die Person am Steuer nicht übermüdet ist. Eigentlich erwarte ich von der BVG, den Fahrern nicht zu viele Überstunden zuzumuten. Aber in letzter Zeit bin ich mir nicht mehr so sicher. Manchmal sind auch Fahrer mit wenig Ortskenntnis unterwegs. So musste ich einmal miterleben, wie sich ein Busfahrer mit einem Stadtplan von Kreuzung zu Kreuzung hangelte, wobei ihm die Fahrgäste Hinweise gaben, aber leider auch manchmal mit hämischen Kommentaren überschütteten.

Im letzten Herbst schienen sie jeden auf die Piste geschickt zu haben, den sie kriegen konnten. Ich habe damals auch Busfahrer bemerkt, die immer wieder durchsagten, dass Fahrgäste vorne ein- und hinten auszusteigen hätten. Sie versuchten wohl krampfhaft, die Regeln der Vor-Corona-Zeit wieder einzuführen. Offenbar hatte man sie hastig aus der Rente geholt.

Denn der Fachkräftemangel wird auch unter den Berliner Busfahrern immer krasser. Im Herbst kam dazu die übliche Erkältungs- und Grippewelle – und während der Pandemie hatten wir ja alle gelernt, lieber nicht zur Arbeit zu gehen, als unsere Umgebung gefährlichen Keimen auszusetzen. Im Spätherbst bestand an meiner Bushaltestelle nur noch eine 50:50-Chance dafür, dass der nächste Bus tatsächlich kommt. Und weil es schon Ende November frostig kalt wurde, schimpften die frierenden Leute an der Bushaltestelle umso wütender, wenn der nach langem Warten in Eiseskälte endlich eintraf. Die Busfahrerinnen und Busfahrer konnten aber gar nichts dafür. Linderung brachte erst der Winterfahrplan, der den Takt vieler Linien reduzierte.

Aber zurück zu den Kiezbushfahrern: Neulich öffnete einer noch schnell die Tür, obwohl er schon ein paar Meter von der Bushaltestelle entfernt an einer roten Ampel stand, und ließ eine Gruppe Heranwachsender ein. Die Jungs setzten sich nach hinten und begannen mit lauter Stimme zu quatschen. Ich habe nicht zugehört, denn ehrlich gesagt interessiert es mich nicht die Bohne, was Pubertierende so blubbern. Den Busfahrer aber schon: »Ihr redet hier ziemlich laut und der ganze Bus kann Euch hören«, begann seine kurze Ansprache über Mikro: »Bitte achtet auf Eure Ausdrucksweise, solche Wörter wie eben setzen Euch in ein sehr schlechtes Licht!«

Danach habe auch ich angefangen, den Busfahrern und Busfahrerinnen immer einen guten Tag zu wünschen. cs